

### Die S. S. S. zwischen Krieg und Frieden.

#### I.

Die gesamte schweizerische Kaufmannschaft und die Industrie fordern energisch die Aufhebung der S. S. S. und die durch sie bedingten Beschränkungen unserer wirtschaftlichen Freiheit, wie auch in allen andern Staaten die freiwirtschaftlichen Vereinigungen die Beseitigung der Kriegswirtschaft verlangen. Für die Regierungen derjenigen Länder, welche über reiche eigene Rohstoffquellen verfügen, ist es leicht, diesen Wünschen nachzukommen. Anders verhält es sich für die Staaten, die teilweise in Uebersee und in europäischen Seehäfen, teilweise auch im eigenen Lande noch Vager sehr teurer, zu Kriegszwecken gekaufter, zu Kriegszwecken importierter und mit Kriegszinsen belasteter Waren besitzen. In einer solchen Lage befindet sich die Schweiz. Behörden und Private sind in gleicher Weise an der Lösung der Probleme interessiert, die uns diese Situation schafft.

Seit dem Abschluß des Waffenstillstandes hat sich der Weltwirtschaft eine Stagnation bemächtigt, wie eine solche in gleichem Umfange nie zu verzeichnen war. Die Ursachen sind mannigfacher Art. Die Rohlennot und die Knappheit an Varmitteln haben bei uns großen Anteil an der Unterbindung des natürlichen Kreislaufes und der Umwertung. Noch mehr dürfte der Stillstand aber dem Umstand zuzuschreiben sein, daß der Kredit allgemein für Behörden und Volk angestrengt ist, daß der Konsum mit Käufen stark zurückhält, weil der einzelne Konsument in Erwartung billigerer Preise seinen Bedarf auf ein Mindestmaß einschränkt, daß von Vorräten aller Art gezehrt wird, namentlich aber, daß der schweizerische Handel in der letzten Zeit mehr und mehr beschränkt wurde. Wenn man sich weiter vergegenwärtigt, daß unsere Durchfuhr von Nachbarstaaten zum Schutze ihrer eigenen Industrie unterbunden wird, daß für uns der Handel mit andern neutralen Staaten unmöglich ist, so wird man es verstehen, warum unsere Volkswirtschaft heute einer Maschine gleicht, die allerdings unter Dampf steht, faucht und pfeift, sich aber nicht bewegen kann. Daß dieser Zustand auf die Dauer unhaltbar wird, ist selbstverständlich, und jeder Einsichtige begreift, daß diejenigen, die heute aus Obstruktion gegen die hohen Kriegspreise nichts kaufen, die ersten sein werden, die wiederum einer erhöhten Hausse auf der ganzen Linie Vorschub leisten, wenn die Stagnation einer Belebung Platz macht.

Die Rettung aus der Bedrängnis kann nur durch engste Fühlung der Behörden mit den wirtschaftlichen Organisationen erhofft werden. Von behördlicher Seite wurden das Mitspracherecht und die Mitsprachepflicht der kaufmännischen Organisationen oft und gern abgelehnt, mit der Begründung, diese seien zu schwach und zu einseitig ausgebaut, um als Kontrahenten zur Uebernahme von Pflichten gegenüber dem Staatsganzen in Frage zu kommen. Wir haben an unserem Ort seit 1914 unablässig auf die Zusammenarbeit der Behörden mit der Privatwirtschaft gedrängt und namentlich für die Landesversorgung eine engste Interessenvertretung gefordert. Es ist keine Genugtuung für uns, wenn die Erfahrung unserer Forderungen insofern nur allzu Recht gegeben hat, daß sich die behördliche Warenvermittlung, die einseitige Reglementierung und Schaffung stiller Monopole und Monopolstellungen am Ganzen gerächt hat. Im gleichen Maße trifft die Schuld an den be-

stehenden Uebelständen die Verständnislosigkeit weiterer Kreise der Kaufmannschaft, die ein mangelndes soziales Verständnis für den eigenen Stand bewies. Beim Abbau der Kriegswirtschaft, die allgemein als verfehlt zu bezeichnen ist, will man heute wiederum in überstürzter Weise in die gleichen Fehler verfallen, die bei ihrem Aufbau begangen worden sind. Und davor ist zu warnen. Ein systematisches Vorgehen ist unerlässlich.

Vor allem stellen wir heute erneut die eindringliche Forderung, daß der Handel und die Industrie, soweit sie für die Landesversorgung an Artikeln des täglichen Bedarfs in Frage kommen, sich unverzüglich diejenigen geschlossenen Organisationen gegenüber der Allgemeinheit befähigen. Im Innern müssen diese Organisationen den Ausgleich der Interessen schaffen können, den guter Wille und das wohlverstandene eigene Interesse doch ermöglichen sollte. Gegenüber den Behörden muß dann gefordert werden, daß sie den Abbau der Kriegswirtschaft diesen kaufmännischen Organisationen übertragen und sich lediglich ein weitgehendes Kontrollrecht vorbehalten, aber auch eine kluge und entschiedene Unterstützung diesen Organisationen angebeihen lassen. Nur auf diesem Wege können unser Land und das ganze Volk — nicht zuletzt die Arbeiterschaft und die Angestellten — vor dem größten Unglück bewahrt, kann unser Vandeskredit in die Friedenswirtschaft hinübergerettet werden. Der organisatorische Abbau ist leicht, wenn man diejenigen arbeiten läßt, die das nötige Verständnis besitzen. Berufene Organisationen, diesen Abbau durchzuführen, sind vorhanden; ohne weiteres können die bestehenden kaufmännischen Organisationen mit ihren Kreditmitteln und ihrem Personal herbeigezogen werden. Das ist die einzige, rasch wirksame Form praktischer Arbeitslosenfürsorge und Fürsorge für alle.

Diese geschlossenen Organisationen müssen mit der öffentlichen Meinung entschieden und mit allem Aufwand an Energie den Abbau der internationalen Kriegsbeschränkungen verlangen. Daß dieser selbstredend nur in streng geregelter Weise vor sich gehen muß, nicht überstürzt und wild sich selbst überlassen bleiben darf, ist erste Voraussetzung. Praktisch können wir uns nur den Weg vorstellen, daß aus den bestehenden Syndikaten die tatkräftigen Männer gewählt werden, bei denen die nötige Energie und das Verständnis für die zu lösende Aufgabe vorausgesetzt werden dürfen. Diese treten zu einer Arbeitsgemeinschaft mit den behördlichen Delegierten zusammen. Diese Arbeitsgemeinschaft hat den Abbau der Kriegswirtschaft vom Krieg zum Friedensbetrieb durchzuführen. Wir erwähnen nur einige wenige hauptsächlichste Aufgaben derselben: Regelung des Imports, Regelung der Verteilung im Inland, Ausgleich des Mangels und des Ueberschusses, Regelung der Kreditverhältnisse. Einzig eine solche Arbeitsgemeinschaft bietet Gewähr dafür, daß unsere gesamte Volkswirtschaft ohne Verlust, aber auch ohne Gewinn die Uebergangszeit übersteht; bei der Wahl von Fachleuten, statt Politikern, werden wir ein zweites Schieberchauspiel nicht zu befürchten haben; Latzstände, wie sie sich erst kürzlich wieder ergeben haben, sind dann schlechterdings unmöglich. Voraussetzung ist allein, daß die maßgebenden kaufmännischen und behördlichen Instanzen endlich ernstlich den Willen haben, eine die Gesamtheit der pflichtigen Kaufmannschaft repräsentierende Arbeitsgemeinschaft zu schaffen.

Die Ausführung dieser ersten Teile der für unser Land zurzeit höchsten und ausschlaggebenden Aufgabe hängt unseres Erachtens in erster Linie von der Stellungnahme der Kaufmannschaft und deren Syndikaten ab. Wie sich diese dazu verstehen, den Behörden ihre Postulate zu unterbreiten, davon dürfte der Erfolg oder Mißerfolg abhängen.

Damit wird es sich auch entscheiden, ob unser Handel und unsere Industrie lebensfähig aus der Uebergangswirtschaft hervorgehen oder nicht. Daß das Kapital ein intensives Interesse an diesem Problem hat, ist selbstverständlich.